

Wer setzt sich in die „Lokomotive“?

VON JOSEF JOFFE

Wieder einmal streiten sich Deutsche und Amerikaner um „Lokomotiven“. Vor bald zehn Jahren begann Jimmy Carter die Bonner zu bedrängen, der heimischen Konjunkturlok Dampf zu machen, um so - zusammen mit den USA und Japan - die ölpreisgeschockte Weltwirtschaft aus der Rezession zu ziehen. Heute schallt die gleiche Botschaft abermals über den Atlantik und den Pazifik. Auf breiter Front - von Finanzminister Baker bis Zentralbankchef Volcker - mahnen die Amerikaner Deutsche und Japaner, ihre Wirtschaft anzuhetzen, weil Amerika allein nicht den Garanten des globalen Nachfragewachstums spielen könne.

Hierzulande ist die klassische Antwort im Kern die gleiche geblieben. Bei Helmut Schmidt erteten Carters Komplimente an den „Wirtschaftsgiganten“ Bundesrepublik nur höhnische Belehrungen über die Tugend von Sparsamkeit und Inflationsbekämpfung. Überdies sei die deutsche „Lokomotive“ viel zu schwach, um den tragenden Part zu übernehmen, den Carter ihr zuweisen wollte. Kaum anders heute, wo sich allenfalls die Metapher geändert hat: Ein „finanzpolitisches Draufsatteln zusätzlicher Nachfrage“ sei ausgeschlossen, schoß Minister Stoltenberg am Dienstag zurück. Statt dessen sollten die Amerikaner vor der eigenen Haustür kehren und vorneweg ihr dreistelliges Milliarden-Haushaltsdefizit kräftig verringern. Auch beruhten die amerikanischen Anmahnungen auf dem falschen Rezept: Drei Prozent mehr Wachstum bei uns würden die Einfuhren aus Amerika allenfalls um eine Milliarde Dollar erhöhen.

In Carters Memoiren ist nachzulesen, wie sehr ihn der teutonische Tonfall des Kanzlers damals verletzte. In der Sache aber hatte Helmut Schmidt sicherlich recht. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatte sich eine mörderische Zwickmühle aufgetan: hie weltweiter Wachstumsverfall, da zweistellige Inflationsraten bei den wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik. Die deutsche Wirtschaft mit den klassischen Mitteln der Konjunkturbelebung anzuhetzen, hätte die Bundesrepublik nicht zur „Lokomotive“ gemacht, sondern sie nur an den Inflationszug der anderen angekoppelt.

Die Frage ist dennoch, ob die Schmidtsche Rezeptur auch heute noch uneingeschränkt gilt. Sicher ist nur, daß die Deutschen nicht die amerikanischen Wirtschaftsprobleme lösen können. Laut allerjüngsten Schätzungen werden die USA zum Jahresende ein Leistungsbilanzdefizit von 132 Milliarden Dollar angehäuft haben; demgegenüber kann sich die Bundesrepublik auf einen Überschuß von 31 Milliarden Dollar freuen, Japan gar auf einen von 77 Milliarden. Bei einem Amerika-Import von rund 15 Milliarden Dollar (1985) würde selbst die Verdoppelung der bundes-

deutschen Kaufkraft das amerikanische Defizit nur an den Rändern stopfen.

Lastet die Verantwortung also nur auf Amerikas Schultern? So simpel ist die Sache nicht - leider. Vorweg: Wir leben heute nicht in einer inflationären, sondern in einer fast schon deflationären Welt - mit stagnierenden Preisen und abgeschwächtem Wachstum. Konkret: Sowohl die Bundesrepublik als auch Japan mußten im ersten Quartal 1986 einen realen Fall des Bruttosozialprodukts verzeichnen, und in beiden Ländern sind die Erzeugerpreise gefallen (in Japan gar um zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Zudem rührt sich bei uns die Arbeitslosigkeit nicht vom Fleck - im Gegenteil. In einer solchen Situation zu den Instrumenten der privaten Nachfragebelebung zu greifen, wäre kaum ein leichtsinniges Spiel mit dem Feuer der Inflation.

Zweitens: Hohe Leistungsbilanzüberschüsse sind nicht unbedingt ein Zeichen überragender wirtschaftspolitischer Tugend. Sie zeigen vielmehr an, daß ein Land freiwillig auf ein Plus an Lebensstandard verzichtet, indem es mehr Waren an das Ausland abgibt, als es von dort einführt. Wenn kleine Länder sich derlei merkantilistischem Schein-Eigennutz hingeben, mag dies nur ihr Problem sein. Wenn aber Giganten wie die Bundesrepublik und Japan gleichsam wie Dagobert Duck auf ihren Geldbergen sitzen, dann entstehen jene weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte, die irgendwann auf ihre Nutznießer zurückschlagen. Als Export-Supermächte sind Japan und die Bundesrepublik auf Gedeih und Verderb an ein funktionierendes Welthandelssystem gekettet. Das Geld, das sie heute in ihre nationalen Kassen schaufeln, wird morgen ihren besten Kunden fehlen.

Drittens: Amerika lebt zwar seit Jahren gewaltig über seine Verhältnisse, aber die andere Seite der Medaille besagt, daß die amerikanischen Defizite eine Weltwirtschaft auf Touren zu bringen halfen, die zu Beginn der 80er Jahre in eine Depression einzumünden drohte. Daraus folgt zweierlei: Amerika darf nicht weiter auf Pump leben, doch müßten Tokio und Bonn schon aus Eigeninteresse ihren Teil der Verantwortung übernehmen, indem sie für ein Mehr an globaler Nachfrage sorgen. Sich weiter in den eigenen Überschüssen zu wälzen, kann nicht der wirtschaftspolitischen Weisheit letzter Schluß sein. Trotz galoppierender Dollar-Abwertung wächst in Amerika der Druck der Protektionisten. Stoltenberg würde deutschen Interessen kaum zuwiderhandeln, wenn er deutlicher auf Binnen- und Importwachstum setzte. Ein von Washington provoziertes weiterer Dollarverfall und amerikanische Handelschranken wären ein Gewinn für niemanden - und für die Deutschen am allerwenigsten.